



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2026/2032

Niederschrift über die öffentliche 1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 25.06.2026
Beginn:	08:30 Uhr
Ende	09:30 Uhr
Ort:	Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2, Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Dießl, Silvia	
Kreisrat Emmert, Uwe	Vertretung für Peter Königer
Kreisrat Fakher, Simon	
Kreisrätin Franz, Irene	
Kreisrätin Gernbacher, Lisa, 3. Bürgermeisterin	
Kreisrat Hesselberger, Tom, 2. Bürgermeister	Vertretung für Dr. Franziska Wespel
Kreisrat Höfer, Bertram, 1. Bürgermeister	
Kreisrat John, Klaus	
Kreisrat Kempe, Daniel	
Kreisrat Kißlinger, Felix, 2. weiterer Stellv. des Landrats	
Kreisrätin Mitländer, Magdalena, 2. Bürgermeisterin	
Kreisrat Poxleitner, Lukas	
Kreisrätin Schöttner, Marie	
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister	

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Heinrich, Nadine ÖPNV und Radverkehr
Kohler, Martin Verwaltungsrat
Romanek, Kristin Oberregierungsrätin
Winkler, Jessy Auszubildende

Presse

Reitzner, Hans-Peter Fürther Nachrichten

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Köninger, Peter
Kreisrätin Dr. Wespel, Franziska,

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------------|---|-----------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.03.2026 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Aktueller Sachstand überquellender Glascontainer im Landkreis Fürth | 151/2026 |
| 2.2 | Branchenvereinbarung im Busbereich | 149/2026 |
| 3 | Anpassung der Preisgleitung im ÖPNV aufgrund gestiegener Dieselpreise | 131/2026 |
| 4 | Förderaufruf Automatische Fahrgastzählsysteme (AFZS) in den Bussen | 135/2026 |
| 5 | (Teil-) / Fortschreibung Nahverkehrsplan | 150/2026 |
| 6 | Anfragen | |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.03.2026 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--

Gegen die Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.03.2026 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Aktueller Sachstand überquellender Glascontainer im Landkreis Fürth

8:32 Uhr Kreisrätin Marie Schöttner kommt zur Sitzung

8:34 Uhr Kreisrat Bertram Höfer kommt zur Sitzung

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.2	Branchenvereinbarung im Busbereich
----------------	---

Zur Kenntnis genommen

TOP 3	Anpassung der Preisgleitung im ÖPNV aufgrund gestiegener Dieselpreise
--------------	--

Kristin Romanek (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) informiert über die Vorteile der Vertragsergänzung. Nach dem Entwurf der Verwaltung können die Vertragsparteien viermal jährlich die Preisgleitung beantragen. Dadurch kann auf Schwankungen der Dieselpreise zeitnah reagiert werden, sowohl auf Preissteigerungen im Interesse der Verkehrsunternehmen als auch auf Preisrückgänge im Interesse des Landkreises. Die Verwaltung empfiehlt, mit den Verkehrsunternehmen, die eine quartalsweise Preisgleitung wünschen, entsprechende Ergänzungsvereinbarungen abzuschließen.

Kreisrat Klaus John (ÖDP) hinterfragt die konkrete Lenkungswirkung bei diesem Vorgehen zur Umstellung auf emissionsärmere Fahrzeuge und fragt nach den erwarteten Kosten. Er betont, dass die Haushaltsmittel des Landkreises begrenzt sind und dass jetzt ein Umdenken der Unternehmen hin zu emissionsärmeren Fahrzeugen notwendig ist, um sich von den hohen Dieselpreisen unabhängiger zu machen.

Kristin Romanek erläutert, dass der Landkreis mit den Verkehrsunternehmen ein Vertragsverhältnis hat, indem u.a. die einzusetzenden Fahrzeuge geregelt sind. Der **Vorsitzende** ergänzt, dass eine Lenkungswirkung erst über die nächste Ausschreibung möglich wäre, wenn dort emissionsfreie Fahrzeuge verbindlich gefordert werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der ÖPNV derzeit ein Defizit von 7 Mio. € aufweist, was die finanziellen Handlungsspielräume des Landkreises erheblich einschränkt. Soweit realisierbar, werden im Landkreis stadt-

nahe Linien emissionsfrei bzw. mit HVO-100 betrieben. Damit übt der Landkreis gezielt eine Lenkungsfunktion aus. **Die Frage zu den erwarteten Kosten wird schriftlich beantwortet.**

Antwort der Verwaltung vom 16.07.2026

Hierzu können wir Ihnen Folgendes mitteilen: Im aktuellen Haushaltsjahr haben die im allgemeinen ÖPNV tätigen Verkehrsunternehmen im Kontext der Treibstoffanpassungen bis jetzt Nachzahlungen in Höhe von rund 22.597,68 € erhalten. Die kommenden Anpassungen sind noch nicht berücksichtigt, da uns hier noch keine Werte vorliegen.

Kreisrätin Lisa Gernbacher (B'90/Die Grünen) fragt, ob vertraglich sichergestellt wird, dass Preisrückgänge zugunsten des Landkreises weitergegeben werden, oder ob hierfür die Zustimmung der Verkehrsunternehmen erforderlich ist. **Kristin Romanek** erläutert, dass die Preisanpassung an einen festen Index des Statistischen Bundesamtes gebunden ist. Verändert sich dieser Index, erfolgt die Abrechnung entsprechend.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt:

Der Landrat wird ermächtigt, im Kontext der festgelegten Preisgleitung der bestehenden Verträge nach Anfrage der jeweiligen Verkehrsunternehmen nachträgliche Vertragsergänzungen hin zu einer vierteljährlichen Preisgleitung (Dieselpreise) abzuschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 4 Förderaufruf Automatische Fahrgastzählsysteme (AFZS) in den Bussen

Der **Vorsitzende** stellt die Vorlage vor. Dabei berichtet er von einer Frage aus dem Fraktionsvorsitzenden-Gespräch, bereits vorhandene Hardware in den Bussen, insbesondere Kameras, für die automatische Fahrgastzählung zu nutzen.

Nadine Heinrich (ÖPNV) erläutert, dass bei den Verkehrsunternehmen unterschiedliche Kamerasysteme im Einsatz sind. Deshalb ist unklar, ob die vorhandene Hardware für automatische Fahrgastzählungen geeignet ist. **Die Rückmeldungen der Verkehrsunternehmen zu den eingesetzten Systemen und deren Zählfähigkeit stehen noch aus.**

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass trotz des maximalen Fördersatzes ein Eigenanteil des Landkreises von 138.000 € verbleibt. **Nadine Heinrich** erläutert daraufhin die entsprechenden Vorteile. Die gewonnenen Daten ermöglichen eine gezielte Überprüfung und Optimierung des Linienangebots, beispielsweise durch Anpassung der Linienführung, und schaffen eine verlässliche Grundlage für die Einnahmenaufteilung im VGN. Zudem könnte die Einführung solcher Systeme künftig VGN-Standard werden. Das Förderprogramm bietet die Möglichkeit, diese Technik frühzeitig einzuführen.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) teilt mit, dass er drei Firmen (eine aus Deutschland, zwei aus der Schweiz) recherchiert hat, die sich auf die Auswertung von Bus-Überwachungsvideos zur Ermittlung exakter Fahrgastzahlen spezialisiert haben. Er bittet die Verwaltung, dafür anfallende Kosten zu prüfen. Er äußert zudem Kritik an den veranschlagten Gesamtkosten von 690.000 € für 52 Busse, die mehr als 13.000 € pro Fahrzeug entsprechen. Angesichts der Verwendung von Steuermitteln hält er diesen Betrag für zu hoch. **Nadine Heinrich** erklärt, dass die Geräte einmalig vom Landkreis angeschafft und den Verkehrsunternehmen lediglich leihweise für die Dauer der jeweiligen Verträge überlassen werden sollen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Abgabe der Förderskizze für die Implementierung von automatischen Fahrgastzählsystemen zu beschließen, die mögliche Förderquote zu ermitteln und

parallel dazu weitere Recherchen vorzunehmen, um eine belastbare Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Der Vorsitzende beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Kosten für die Auswertung von Bus-Überwachungsvideos zur Ermittlung von Fahrgastzahlen anfallen.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) betont die Bedeutung valider Zahlen, um künftig gezielt Ressourcen einzusetzen und Einsparpotenziale zu heben. Neben den Rahmenbedingungen sollte auch die Kameranutzung geprüft werden. Außerdem muss geprüft werden, ob die dafür notwendigen Mittel in Zeiten knapper Haushalte verfügbar sind.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) erklärt, dass bei einem ÖPNV-Defizit von rund 7–8 Mio. € keine andere Möglichkeit bleibt, als Fahrgastzählsysteme einzuführen. Die so gewonnenen Daten sind die Grundlage für das weitere Vorgehen im ÖPNV und die Arbeit der Sparkommission. In den vergangenen Jahren sind Einsparpotenziale geprüft worden, u.a. die Kurzstrecke in Wilhermsdorf. Automatische Zählungen könnten die Auslastung klar belegen. Um langfristig Einsparungen zu erreichen, sind zunächst Investitionen erforderlich. Vorhandene Fördermittel sollten deshalb genutzt werden, auch bei einem Fördersatz von rund 50 %.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass exaktes Zahlenmaterial wichtig ist. Mit der digitalen Erfassung könnte man auf Beschwerden wegen überfüllter Schulbusse schneller reagieren. Er weist darauf hin, dass Fahrgastzählsysteme in benachbarten Kommunen bereits Standard sind. Die Busse der Stadt Fürth sind mit solchen Geräten ausgestattet.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) regt an, den Beschluss um den Auftrag an die Verwaltung zu ergänzen, geeignete Alternativen zu prüfen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass eine gesonderte Aufnahme in den Beschluss nicht erforderlich ist. Diese Prüfung erfolgt „im Rahmen des Projekts“.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderskizze für die Implementierung von AFZS in den Fahrzeugen des allgemeinen ÖPNV abzugeben.

Die Kreisgremien werden entsprechend über den Stand der Förderung sowie des Projekts im Allgemeinen informiert.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 5 (Teil-) / Fortschreibung Nahverkehrsplan

Kristin Romanek (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) erläutert die Sitzungsvorlage zur Entscheidung über eine Teilfortschreibung (nur für bestimmte Bereiche) oder eine Komplettfortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP). **Nadine Heinrich** (ÖPNV) stellt die jeweiligen Vor- und Nachteile dar. Aufgrund der Vielzahl der zu bearbeitenden Themen hat der VGN eine Komplettfortschreibung empfohlen. Kostenseitig ergibt sich kein Unterschied zwischen Teil- und Komplettfortschreibung. Im Rahmen einer Komplettfortschreibung würden zudem zukunftsrelevante Themen, etwa die Errichtung eines Ladeparks für Elektrobusse, mitbearbeitet. Die Verwaltung hat keine Präferenz; beide Varianten sind möglich und sinnvoll.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) erkundigt sich nach den Gründen für die vorzeitige Fortschreibung. Nach seinem Verständnis bestünde grundsätzlich noch Zeit. Insbesondere im Hinblick auf den TOP 4 (Automatische Fahrgastzählsysteme in den Bussen) hält er es für sinnvoll, zunächst belastbare Fahrgastzahlen zu haben. **Kristin Romanek** erläutert, dass die vorzeitige Fortschreibung erforderlich ist, um aktuelle Themenaspekte angemessen berücksichtigen zu

können. Dazu zählen insbesondere die von der Spar- und Strategiekommission geforderte Prüfung der On-Demand-Verkehre, die Vorgaben des NVP zur Abrechnung mit den Kommunen sowie die Integration der Schulbuslinien.

Kreisrätin Lisa Gernbacher (B´90/Die Grünen) spricht sich für eine Komplettfortschreibung aus, da gegenüber einer Teilfortschreibung keine Mehrkosten entstehen und zahlreiche Themen zu bearbeiten sind. Sie möchte es jedoch vom Vorliegen der Fahrgastzahlen abhängig machen.

Nadine Heinrich (ÖPNV) erläutert, dass die Fahrgastzahlen derzeit durch manuelle Zählungen erhoben werden und somit grobe Daten vorliegen. Im Falle eines positiven Förderbescheids könnte mit der Umsetzung des Projekts frühestens Ende 2027 begonnen werden.

Kreisrat Uwe Emmert (CSU) verweist auf die Unsicherheiten bei Förderprogrammen. Bis zu einem positiven Förderbescheid, dem Probetrieb und der Auswertung erster Daten würden drei bis vier Jahre vergehen. Mit einer Gesamtfortschreibung des NVP könnte dann erst in einigen Jahren begonnen werden, was er für zu spät hält. Zudem sieht er einen Widerspruch zwischen dem starren Instrument des NVP und den zunehmend dynamischen Entwicklungen im ÖPNV. Er spricht sich dafür aus, im Rahmen der Fortschreibung mehr Flexibilität zu ermöglichen und den Arbeitskreis sowie den VGN einzubeziehen, um den NVP künftig dynamischer gestalten zu können.

Kreisrat Felix Kißlinger (FW) spricht sich für eine Komplettfortschreibung aus. Da gegenüber einer Teilfortschreibung keine Mehrkosten entstehen, hält er dieses Vorgehen aufgrund der Vielzahl der anstehenden Themen für sinnvoll.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) erklärt, dass der Zeitpunkt der ersten Auswertung der Fahrgastzahlen noch ungewiss ist. Angesichts zahlreicher komplexer Fragestellungen sowie neuer Themen, auch durch die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, spricht er sich für eine Komplettfortschreibung aus.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) betont, dass Einigkeit besteht, dass eine Fortschreibung des NVP erforderlich ist. Er sieht jedoch derzeit keine Notwendigkeit für eine vorzeitige Fortschreibung. Da der Zeitpunkt belastbarer Fahrgastzahlen noch unklar ist, schlägt er vor, die Entscheidung zu vertagen und zunächst weitere Erkenntnisse zu den Fahrgastzählssystemen abzuwarten.

Kreisrätin Marie Schöttner (Die Linke) hält es für problematisch auf die Fahrgastzahlen zu warten, da einige Themen zeitnah bearbeitet werden müssen. Da gegenüber einer Teilfortschreibung keine Mehrkosten entstehen, befürwortet sie die Komplettfortschreibung.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass der Vorschlag einer vorgezogenen Fortschreibung auf einen Auftrag der Spar- und Strategiekommission zurückgeht. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob bei künftigen Ausschreibungen durch eine Absenkung des Standards vom Richtwert auf den Grenzwert Einsparpotentiale erzielt werden können. Die nächste reguläre Fortschreibung ist erst für Mitte 2028 vorgesehen. Durch eine vorgezogene Fortschreibung könnten die erforderlichen Anpassungen früher umgesetzt werden. Aus Gründen der Arbeitsökonomie spricht dies für eine Komplettfortschreibung.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) spricht sich für eine Komplettausschreibung des NVP aus. Er weist darauf hin, dass bereits Fahrgastzahlen vorliegen, die trotz geringerer Genauigkeit gegenüber automatischen Fahrgastzählssystemen eine ausreichende Grundlage für die weitere Arbeit bieten. Ein Abwarten der automatischen Auswertungen würde aus seiner Sicht zu einer Verzögerung von drei bis vier Jahren führen. Zudem ist unklar, ob eine Förderung überhaupt bewilligt wird. Angesichts des ÖPNV-Defizits hält er es für erforderlich, zeitnah Einsparpotentiale zu erschließen.

Kreisrat Uwe Emmert (CSU) fasst zusammen, dass im Gremium weitgehend Einigkeit über eine Gesamtfortschreibung besteht. Er stimmt Kreisrat Fakher zu, dass belastbare Fahrgastzahlen eine bessere Entscheidungsgrundlage wären. Eine Teilfortschreibung hält er jedoch für problematisch, da Änderungen in einzelnen Bereichen Auswirkungen auf zahlreiche Schnittstellen haben könnten. Vor dem Hintergrund des erforderlichen Optimierungsbedarfs und des Sparens spricht er sich dafür aus, den Nahverkehr ganzheitlich zu betrachten und künftig flexibler fortzuschreiben.

Der Vorsitzende schließt nach Kreisrat Fakher die Rednerliste.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) gibt zu bedenken, dass der bestehende NVP auf Grundlage der damals vorliegenden Fahrgastzahlen erstellt wurde. Seine Kritik richtet sich weniger gegen eine Teil- oder Gesamtfortschreibung, als vielmehr gegen deren vorzeitige Durchführung. Er verweist darauf, dass der Landkreis sparen muss, gleichzeitig jedoch erhebliche Mittel für ein automatisches Fahrgastzählsystem vorgesehen sind. Daher lehnt er den Beschlussvorschlag ab.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag. Im zweiten Absatz wird vor den Worten „einem Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden“ das Wort „je“ ergänzt.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dass der Fachbereich ÖPNV das Verfahren für eine vorzeitige reguläre Fortschreibung des Nahverkehrsplans eröffnen soll.

Der Arbeitskreis wird mit jeweils einem Vertreter je Partei des Kreistags, je einem Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, je einem Vertreter der im Landkreis tätigen Busunternehmen und mit dem Behindertenvertreter besetzt. Bei Bedarf können noch weitere Teilnehmer eingeladen werden

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 2

TOP 6 Anfragen

Kreisrätin Irene Franz (SPD) berichtet, dass der Landkreis eine Asylunterkunft im Gewerbegebiet Mühlsteig in Langenzenn betreibt. Sie fragt an, ob auf der Buslinie 136 eine zusätzliche Haltestelle eingerichtet werden kann, um den Bewohnern die Fahrten zur Arbeit, Ausbildung und zu Schulungsmaßnahmen nach Nürnberg und Fürth zu erleichtern.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen.

Antwort der Verwaltung vom 16.07.2026

Bezüglich der Anbindung des Industriegebiets in Langenzenn können wir Folgendes mitteilen: Das Gewerbegebiet wird gegenwärtig durch den Bürgerbus Langenzenn in einem 2-Stunden-Takt angefahren. Die Bedienung erfolgt etwa zwischen 7:30 Uhr und 17:30 Uhr. Bei Einführung der Linie war ursprünglich ein 1-Stunden-Takt angeboten worden, der allerdings mangels Nachfrage wieder reduziert worden war. Die Linie 136 fährt auf ihrem Linienweg Cadolzburg – Langenzenn die Haltestelle Burggrafenhof an. Die Haltestelle ist zu Fuß in 15 bis 20 Minuten zu erreichen (ca. 1,1 km). Die Linie verfügt über keinen regelmäßigen Takt und ist primär an Schulzeiten ausgerichtet. In den Ferien verkehren nur 4 Fahrtenpaare. Schüler, die im Gewerbegebiet untergebracht sind (soweit bekannt gegenwärtig 5 Grundschüler), können den Bürgerbus um 7:27 Uhr nehmen und erreichen damit rechtzeitig ihre Schule. Rückfahrmöglichkeiten bestehen um 11:24 Uhr und 13:21 Uhr ab der Haltestelle Klaushofer Weg. Inwieweit über das bestehende Angebot hinaus Nachfrage nach weiteren Zielen und Fahrtmöglichkeiten besteht, ist nicht bekannt. Der Bus der Linie 136 müsste dazu in das Gewerbegebiet hineinfahren, da die

Gegebenheiten auf der Ansbacher Straße für die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle nicht günstig sind. Die Fahrzeit würde sich um 5 Minuten verlängern.
Sollte ein weiterer konkreter Bedarf bestehen, kann dies zielgerichtet geprüft werden.

Landrat Bernd Obst schließt um 09:30 Uhr die 1. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses.

Zirndorf, den 16.07.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in